

Alle Kraft in ein Ministerium

EINWANDERUNG Deutschland braucht ein Bundesministerium für Integration und Zuwanderung.

Es gibt immer Gründe, weshalb Menschen auswandern.

Viele Menschen kommen aufgrund des Fachkräftemangels zu uns, weil wir ihre Arbeitskraft und ihr Wissen dringend benötigen. Andere kommen, weil sie vor Hunger und Krieg fliehen und in Deutschland Schutz und Hilfe suchen. Sie alle tragen unsere Gesellschaft mit und gehören dazu, bringen ihr Wissen, ihre Kultur und ihre Fähigkeiten ein.

Nach Jahrzehnten des Stillstands hat sich in Deutschland in der Integrationspolitik einiges bewegt, das uns viel Überzeugungsarbeit gekostet hat. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zwar vor acht Jahren die Integration zur Chef-Sache erklärt und den Beauftragtenposten für Migration, Flüchtlinge und Integration mit ihrer Vertrauten, Staatsministerin im Bundeskanzleramt Professorin Maria Böhmer besetzt, die wiederum sehr fleißig war, jedoch reichen diese Bemühungen längst nicht mehr aus, um den Konsequenzen des demografischen Wandels und den Aufgaben in einer Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden. Dazu sind langfristige und umfassende gesellschaftspolitische Gestaltungsperspektiven erforderlich,

AUSSENANSICHT



MEHMET TANRIVERDI

Der Autor ist Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände e.V. (BAGIV).

die fast alle Politikbereiche durchdringen.

Die Kompetenzen müssen zukünftig in einem Bundesintegrationsministerium gebündelt werden. Die jetzige Praxis in Deutschland sieht so aus: Das Bundesministerium des Innern (BMI) versteht sich als Integrationsministerium, vor allem mit Blick auf die integrationspolitischen Instrumente des Aufenthaltsgesetzes. Die Federführung für Fragen der Arbeitsmigration liegt wiederum beim Bundesarbeitsministerium. Die Visavergabe in den deutschen Auslandsvertretungen fällt in die Zuständigkeit des Bundesaußenministers. Eine Vielzahl von anderen, mit Integrationsfragen befassten Ministerien hat inzwischen selber ein Integrationsreferat oder einen Integrationschwerpunkt.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, die in der letzten Legislaturperiode von einem Integrationsbeirat beraten und unterstützt wurde, hat

aber selbst keine Zuständigkeit für das in Nürnberg residierende Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das zugleich mit seinen Integrationskursen eines der wichtigsten Gestaltungszentren für Integrationsförderung ist, aber dem Bundesinnenministerium zugeordnet wurde.

Bundesländer wie Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg machen es schon vor: Jedes dieser Bundesländer nennt ein Ministerium für Integration sein eigen. Diese Kompetenzen müssen auch auf Bundesebene gebündelt werden. Das würde ihnen Gewicht verleihen.

Ganz gleich ob die Farbkombination der nächsten Bundesregierung schwarz-grün oder schwarz-rot ist: Künftig wird niemand mehr – wie in der letzten Legislaturperiode geschehen – behaupten können, die FDP habe die Schaffung eines Ministeriums für Integration und Zuwanderung verhindert.

Deshalb appellieren wir an die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel, unsere Forderungen in die bald beginnenden Koalitionsverhandlungen mitzunehmen und sich für ein Bundesministerium für Integration und Zuwanderung starkzumachen.

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.